

# Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 261 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Freitag, 23. November 1934

Chefredakteur: M. Braun

Die Regierungskommission des Saargebietes hat angeordnet, daß ihre Verordnung gegen die politische Betätigung der Beamten dreispaltig in vorgeschriebenen Schriftgraden an der Spitze der Zeitungen erscheint.

Infolgedessen mußte ein besonders wichtiger Bericht über die innerpolitische Situation im Reiche an die zweite Stelle gerückt werden.

## Verordnung betreffend die politische Betätigung der Beamten des Saargebietes

Auf Ersuchen der Abstimmungskommission sowie auf Grund der Artikel 47, 49 und 50 des Abschnitts IV (Teil 3) des Friedensvertrages von Versailles vom 28. Juni 1919, ferner des Kapitels III der Anlage zu Abschnitt IV (Teil 3) des Friedensvertrages und in Ausführung des Beschlusses des Völkerbundesrates vom 28. September 1934 wird folgendes verordnet:

In Erwägung,

daß dem Beamten bei seiner Betätigung im öffentlichen politischen Leben bereits durch sein Amt Rücksichten auferlegt sind, die für andere, nicht unter dem Zwange der im öffentlichen Interesse unerlässlichen Disziplin stehenden Staatsbürger nicht in Betracht kommen;

daß der Beamte allgemein, insbesondere aber während der gegenwärtigen Abstimmungsperiode — auch bei dem politisch anders Gesinnten — Vertrauen auf seine Unparteilichkeit erwecken muß, er sich dieses Vertrauen aber nicht bewahren kann, wenn er in den politischen Kampf eingreift, oder seine politische Werbetätigkeit gar zum Gegenstand von Erörterungen und Angriffen wird, insbesondere auch in der Presse;

daß es Pflicht der Abstimmungskommission ist, nach Möglichkeit dafür Sorge zu tragen, daß keiner Partei im Saargebiet die Möglichkeit gegeben wird, unter Benutzung der öffentlichen Staatsgewalt, politische Ziele zu

verfolgen und die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen;

daß dieser Mißbrauch aber nur durch eine Einschränkung des Rechtes der außerdienstlichen politischen Betätigung des Beamten wirksam verhindert werden kann,

hat die Abstimmungskommission beschlossen, die Regierungskommission des Saargebietes zu ersuchen, die nachstehende Verordnung baldmöglichst verkündigen zu wollen

### Artikel 1

Den unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten ist es untersagt:

1. in oder für Vereinigungen, die eine Einwirkung auf die Volksabstimmung bezwecken, irgendwelche Parteifunktionen oder irgendwelche Werbe- oder Agitationstätigkeit auszuüben,
2. politische Versammlungen zu veranstalten, zu leiten oder in ihnen als Redner aufzutreten,
3. in periodischen oder nicht periodischen Druckschriften Angelegenheiten der Volksabstimmung zum Gegenstand der Erörterung zu machen.

### Artikel 2

Vertretern von Behörden, sofern diese Vertreter die Beamteneigenschaft besitzen, ist die Teilnahme an öffent-

lichen, aus Anlaß der Volksabstimmung stattfindenden Veranstaltungen verboten, sofern die Teilnahme in der Eigenschaft als Vertreter einer Behörde erfolgt.

### Artikel 3

Wer den Bestimmungen der Artikel 1 oder 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und mit Geldstrafe nicht unter 1000,— Franken bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter einer Woche und Geldstrafe nicht unter 500,— Franken ein. Die §§ 42a und 42b des Strafgesetzbuches finden keine Anwendung.

Der Oberste Abstimmungsgerichtshof ist für die Untersuchung und Entscheidung zuständig.

### Artikel 4

Diese Verordnung tritt in Kraft drei Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt. Alle ihr entgegenstehenden Bestimmungen werden aufgehoben.

Saarbrücken, den 20. November 1934.

Im Namen der Regierungskommission:

Der Präsident:

gez. G. B. Knog

## Der Dreiecksbund Hitler-Schacht-Blomberg

### Aussichtslose Revolte der „alten Kämpfer“ Darré, Ley, Feder und Graf von der Goltz

#### Der „Führer“ trennt sich von Hitler

Berlin, 22. November.

Man macht sich außerhalb der Reichsgrenzen, wahrheitsliebend auch im Saargebiet, über keine genügende Vorstellung davon, in welchem Maße der 13. Januar als Tag der Volksabstimmung an der Saar im „dritten Reiche“ alles beschäftigt, sowohl die Regierenden wie die Regierten. Nicht nur in der noch immer wählenden Propaganda, die sich einem auf Schritt und Tritt entgegengerichteten, in den ewigen Gesprüchen aller Leute über die Aussichten der Saarabstimmung und im Anschluß daran über die Frage „Krieg oder Frieden?“, sondern auch in der Sorge des „Führers“, außen- und innenpolitische Entscheidungen zu vermeiden, die an der Saar über die inneren Zustände Deutschlands und die Absichten der Reichsregierung aufklärend wirken könnten. Zum Beweis für unsere Behauptung werden wir der Saardeckelung noch rechtzeitig vor der Abstimmung dokumentarisches Material vorlegen.

Die wichtigste Tatsache ist, daß die Gruppe Schacht-Blomberg-Goltz den „Führer“ immer weiter von den Ideologien seiner Partei zu den Realitäten kapitalistischer Wirtschaftsführung und konservativer Sozialführung abdrängt.

Man läßt ihn zwar noch die donnernden Reden halten, die von Feuertönen zu den „alten Kämpfern“ nur so triefen, aber in der Praxis verbeißt sich der Abgrund zwischen Hitler und den Kumpanen seiner ersten Jahre immer mehr, und es ist zweifelhaft, ob er ihn, wenn er eines Tages möchte, noch zurück überbringen kann.

Es steht wie eine Kleinigkeit aus und ist für die Situation doch wichtig genug: das Reichspropagandaministerium hat unter die Augenwunden, die aus Grund des Welches zum Schutze der nationalen Symbole unzulässig sind, Anhaltspunkte annehmen, darstellend den Führer und Ganerler Julius Streicher (Münchener). Vor zwei Monaten erst hat Hitler den Streicher anlässlich des Parteitages in Nürnberg hochgeföhrt. Und nun empfindet — zwar nicht er aber die ihn beherrschende Komarilla — den weltbekannten Antisemitendämon als kompromittierend. Gegen Streicher vor allem war auch der jüngste Erfolg des Führerstellvertreter Schacht, der einen Mannstrahl gegen den Nazionismus schickte. Wie sich Streicher im Augenblick schwach fühlt, geht daraus hervor, daß er sich dem Feind gefügt hat. Aus seiner „Frankfurter Tageszeitung“ sind

die zahllosen Fotografien und Beweisaufnahmen Streichers verschwunden. Einweilen wenigstens.

Wichtiger und ausschlagericher noch ist das nun endgültige Verfallen des Programmleiters und Theoretikers der Partei Gottfried Feder. Er war in allen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Fragen vom Jahre 1919 an geistiger Nährvater Hitlers, der auf diesen entscheidenden Gebieten vollkommen unwissend seine politische Tätigkeit begann und auch leither nicht viel dazu gelernt hat.

Hitler hat seinen Feder in zahlreichen literarischen und rednerischen Zeugnissen nicht minder hoch gepriesen, wie einst seinen Röhm, der so den unbekanntesten und unbedeutendsten Gefreiten der Reichswehr mit den reichen Mitteln und Beziehungen der Reichswehr erst „gemacht“ hat. Seitdem aber Hitler mit Hilfe des schillerlichen Reichs Störings schon vor der sogenannten Machtergreifung unter den Einfluß Schachts geriet, der ihm als unerschütterlich für die Regierungsfähigkeit angesehen wurde, ging es mit der Treue zu dem „alten Rührer“, man darf wohl sagen ältesten Kämpfer Feder zu Ende. Zwar wurde er gerade noch Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, aber es wurde ihm jede Möglichkeit der Betätigung abgeschnitten. Ein ihm anherdem zugewiesener Posten als Reichskommissar für Vorbereitung war schon beinahe offener Hohn. Nun geht Feder in Urlaub, und das ist wohl ein Verschwinden für immer.

Nur das von ihm aufgearbeitete Programm kennt noch von verklungenen Tagen. Es ist, wie man weiß, ewig und unabänderlich, was man jetzt wohl dahin deuten muß, daß kein Wort davon jemals aus dem Reiche der Ideen in die Wirklichkeit übertragen werden wird.

Es scheint, daß Gjalmar Schacht triumphiert, und jede seiner Reden offenbart sein Siegesgefühl. Er verliert öffentlich die Furcher der Rindfleischhaft und die Pläne-macher und proklamiert hochkapitalistische Wirtschaftsgrundsätze, so daß er in den Kreisen der arbeitslosen „alten Kämpfer“ wie Ley, Darré usw. nur als „Liberalist“ oder auch als „weißer Jude“ bezeichnet wird. Das von diesen „sozialistischen“ Kreisen der Partei gegen den Reichsbankrat Köppen unternommene Kettstreben, weil dieser angeblich einen Erwerblosen wegen 4 Mark Mietschuld ermittelten wollte, war in Wirklichkeit eine Aktion gegen Schacht, der sich durch Abreise aus Berlin und durch Abfagen einer Rede im Sportpalast dagegen wehrte. Außerdem streifte der Reichsbankdirektor Focke, der zu den Saarverhandlungen des Dreierausschusses nach Rom fahren sollte,

Nachdem ihm das Vorseitliche Gottfried Feder's vollkommen gelungen ist, verliert Schacht als Exponent der wirtschaftlich führenden Schichten die Raststellung Dr. Robert Ley's, der sich mit zappelnder Verzweiflung dagegen wehrt, daß ihm ein Stück Macht nach dem andern — es sind bezeichnenderweise mit der Entmündigung auf dem Rastgebiete der „Arbeitsfront“ an — fortgenommen wird.

Er ist in Wahrheit schon seit längerer Zeit nur noch Wardenprediger, und nun hat man ihn dahin gebracht, daß er sich noch der Saarabstimmung eine Predigtfahrt durch ganz Deutschland macht, die er leiht damit begründet, er wolle feststellen, ob der morgendliche Betriebsappell an Stelle der Antitrolluhr klappe. Damit beschäftigt sich monatelang der Präsident der Deutschen Arbeitsfront! Es ist die vollendete Niederlage, die nur kümmerlich dadurch maskiert wird, daß man den übermächtigen Generalmajor Schacht da und dort in ganz vereinsamten seltenen Ausnahmefällen durch die Nachregulierung eines Betriebsführers zu ärgern verliert.

Hinzukommt, daß am 21. Dezember die unter dem Einfluß des Dr. Ley stehende politische Tageszeitung „Der Deutsche“ eingezogen wird. Es ist richtig, daß sie an Abonnentenschwund leidet und Zuschüsse erfordert, aber das würde bei den Mitteln der Deutschen Arbeitsfront natürlich kein Grund sein, das Blatt aufzuheben, wenn Ley noch die Macht hätte, ein eigenes politisches Sprachrohr durchzusetzen.

Dr. Ley's Position ist schon zu geschwächt, als daß er sich öffentlich gegen Schacht zur Wehr legen konnte. Das hat der Reichsbauernführer Darré auf dem romantisch aufgelegenen Reichsbauernthing in Goslar versucht.

Schacht war nicht eingeladen und war auch einer der wenigen obersten Würdenträger, die kein Glückwunschtelegramm geschickt haben. Darré redete nicht nur in dem ordnungsmäßigen Antisemitismus daher, den Schacht wegen seiner Bemühungen um ausländische Finanz- und Wirtschaftskreise nicht brauchen kann, sondern machte auch einen klaren Vorstoß autoritärer Wirtschaftspolitik gegen die Bemühungen Schachts den deutschen Außenhandel wieder flott zu machen. Darré verlangte nicht mehr und nicht weniger als daß die gesamte übrige Wirtschaft sich den Grundfragen der Reichsbauernführung unterordnen müsse.

Es wird von Teilnehmern der Tagung erzählt, daß am Schluß der Rede Darré's in dem endlosen Beifallsturm der Präsident der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley, der übrigens ganz einflußlos und geistig beschränkte Reichs-





## Der großkapitalistische Kurs

Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit:  
Der Reichswirtschaftsminister hat in einem Schreiben an die Landesregierungen und die beteiligten Stellen der Wirtschaft mitgeteilt, daß die gleichen Gründe, die ihn im vorigen Jahre im Interesse der Arbeitsbeschaffung veranlaßten, sich für eine ungestörte Abwicklung des Weihnachtsgeschäftes einzusetzen, auch in diesem Jahre vorliegen. Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands, insbesondere im Interesse der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsgelegenheit für deutsche Volksgenossen hält der Reichswirtschaftsminister einen völlig reibungslosen Ablauf des Weihnachtsgeschäftes für erforderlich. Er hat daher sein Rundschreiben an die Landesregierungen vom 16. Dezember 1933 erneuert und genaueste Beachtung der in dem Rundschreiben enthaltenen Grundzüge den in Frage kommenden Stellen zur Pflicht gemacht.

Die Landesregierungen haben somit auch in diesem Jahre jeder Störung des Weihnachtsgeschäftes nachdrücklich entgegenzutreten. Es soll sowohl der unbeeinträchtigte Verkauf von Weihnachtsgeschenken und Christumschmuck als auch eine ungehinderte Werbung in den Formen und in dem Rahmen, wie sie auch für Waren- und Kaufhäuser, Einzelreis- und Filialgeschäfte sowie für nichtarische Betriebe für den Weihnachtsverkauf seit langem üblich sind z. B. durch Ausschmückung der Verkaufsräume, Schaufenster usw. Waren mit Tannenbäumen, Tannengrün und Lametta — sichergestellt werden.

Vor dem „nationalen Aufbruch“ hatten die NSDAP-Führer den verheißten Mittelständlern die Schließung der Warenhäuser und der Einheitspreisgeschäfte versprochen. Heute aber werden die kleinen Fleischläden, Bäckereien, Kolonialwarengeschäfte usw. wegen „überhöhter“ Preisstellungen geschlossen, während die Warenhauskonzerne durch ein besonderes Rundschreiben ausdrücklich unter den hohen Schutz Schutts genommen werden.

## Die Unbelehrbaren

### Auch Norwegen geprellt

Der „NZZ.“ wird aus Oslo gemeldet, daß dort „allgemein Überraschung“ darüber herrscht, daß die Ausfuhr Norwegens nach Deutschland nach Einführung des Verrechnungsverfahrens über die Einfuhr von dort liegt. Die Folge davon ist, daß die Zahlung für die von Deutschland gekauften 150 000 Tonnen Wolle längere Zeit, als anfangs erwartet, in Anspruch nehmen wird.

Mit Norwegen ist also genau dasselbe geschehen, wie mit England, Frankreich, Holland und anderen Ländern. Schacht hat das Verrechnungsabkommen auch Norwegen gegenüber dazu ausgenutzt, um möglichst viel Ware einzuführen, für die er keine Devisen zu zahlen braucht. Und in Norwegen tut man noch sehr „überrascht“! Verkalktes Europa!

## Die verschuldete Reichsbahn

Im ersten Jahre des „dritten Reiches“ waren die Einnahmen der Reichsbahn auf den niedrigsten Stand seit 1927 herabgesunken und der Überschuß der Ausgaben über die Einnahmen von 136 auf 206 Millionen gestiegen. Trotzdem konnte die Reichsbahn für das Jahr 1933 mit einem Reingewinn von 150 Millionen und einer Dividende von 7 Prozent aufwarten. Wie hat die Reichsbahn dieses Wunder fertiggebracht? Die Hitlerregierung hat der Reichsbahn die Ermächtigung erteilt, eine in den zehn Jahren von 1924 bis 1933 angesammelte Rückstellung für Abschreibungen auf die Betriebsanlagen in Höhe von fast 300 Millionen Mark rückgängig zu machen und als Gewinn zu buchen. Ohne diese Manipulation ergäbe die Gewinnrechnung der Reichsbahn für 1933 anstatt eines Reingewinnes von 150 Millionen einen Reingewinn von mindestens der gleichen Höhe. Der Zweck der Uebung ist offenbar, die ungeheure Zunahme der Ausgaben zu rechtfertigen, die in krassem Widerspruch zum Rückgang der Einnahmen steht und die ihr aus der Heranziehung zur Arbeitsbeschaffung erwächst. In den drei Jahren von 1930—1932 sind für diese Zwecke 326 Millionen ausgegeben worden, in dem einen Jahre 1933—1934 werden es nach „Wirtschaft und Statistik“ 731 Millionen sein, also weit mehr als das Doppelte. Selbstverständlich kann die Reichsbahn diesen ungeheuren Mehraufwand nicht aus ihren Einnahmen bestreiten, weil ja ohnehin ihre Ausgaben größer als ihre Einnahmen sind. Sie muß also ihre Arbeitsbeschaffung mit Schulden finanzieren. Die Verschuldung der Reichsbahn, die Ende 1929 300 Millionen betragen hatte, ist bis Ende 1933 auf 1 Milliarde angewachsen und wird sich, nach der Schätzung von „Wirtschaft und Statistik“ Ende 1934 auf 2,6 Milliarden belaufen.

In Wirklichkeit ist aber die Verschuldung der Reichsbahn weit größer als ihre Bilanzbilanz erkennen lassen. Die Reichsbahn hat nämlich einige Abladestellen für ihre Arbeitsbeschaffungsarbeiten geschaffen, die ihr die Möglichkeit geben, einen Teil ihrer Schulden aus der eigenen Bilanz verschwinden zu lassen und sie in den Bilanzen von einem zu diesem Zwecke gegründeten Gesellschaften abzublenden.

Das erste mit diesem Zweck geschaffene Unternehmen ist die Verkehrs-Kreditbank A.G., die der Reichsbahn völlig gehört und die nur den Zweck hat, die vorübergehend im Betrieb der Reichsbahn selbst überflüssigen Mittel anzulegen. Sie ist nur der

## Dokumente der Hitler-Wirtschaft

Die Preissteigerung, die Devisenbewirtschaftung und Rohstoffverknappung haben im Hitler-Paradies eine Flut von Rundschreiben der Handelskammern, Parteistellen, Wirtschaftsverbänden und einzelnen Firmen nach sich gebracht, in welchen deutlich die Schwierigkeiten zum Ausdruck kommen, in denen sich gegenwärtig die deutsche Wirtschaft krampfhaft wendet.

Auch wir erhalten jetzt von unseren Freunden aus Hitler-Deutschland und dem Saargebiet derartige Rundschreiben mit dem Ersuchen, sie zu veröffentlichen. Aus technischen Gründen sind wir begreiflicherweise nicht in der Lage, allen Wünschen unserer Freunde und Leser nachzukommen, aber wir werden selbstverständlich bemüht sein, Dokumente, die typisch für die jetzt im „dritten Reich“ herrschende Mißwirtschaft sind, zu bringen.

Im nachfolgenden bringen wir den Auszug aus einem Schriftwechsel, der zeigt, welche Schwierigkeiten bei manchen Firmen durch die Einfuhrdrösselung entstanden sind und welche Verzögerung diese Maßnahmen bei der Kundschaft hervorgelernt hat. Die deutsche Zweigstelle der weltbekanntesten italienischen Kunstseidenfabrik Snia Viscosa schreibt:

Gesellschaft zum Import der Snia Viscosa  
Textilprodukte m. b. H. Frankfurt a. M., 13. 10. 1934.

An die  
Firma Merian & Co., G. m. b. H.  
Höllstein.

Wir halten es für unsere Pflicht, Sie auf folgendes aufmerksam zu machen.

Die Ueberwachungsstelle für Seide, Kunstseide, Kleidung und verwandte Gebiete, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 32, teilte uns am 8. Oktober mit, daß für die Einfuhr von Kunstseiden (Sniafio) ein Kontingent von 200 000 Kilogramm für Italien vorgesehen sei. Wir hatten vorher entsprechende Genehmigungsanträge gestellt, die aber nur zum Teil genehmigt wurden, und zwar im Rahmen des vorerwähnten Kontingents. Bei diesen Anträgen handelt es sich um Lieferungen, die bis zum 30. 9. 1934 erfolgten; trotzdem werden die Genehmigungen schon von dem Oktoberkontingent abgeschrieben, so daß dieses für uns erschöpft ist. Im Oktober haben wir nun weitere Lieferungen vorgenommen, für die wir nach der bestehenden Lage erst im November Genehmigungen erhalten könnten, hierzu kommen noch die Restmengen aus den Septembereinsendungen; damit wäre schon jetzt auch das November/Dezember-Kontingent erledigt.

In der Zwischenzeit haben wir nun mit den Behörden Verhandlungen gepflogen, um diese überraschende Kontingentierungsmaßnahme zu klären und möglichst die Anwendung des Kontingents zu besetzen, besonders in Anbetracht der unseren Abnehmern in ihrer Fabrikation durch diese Maßnahme erwachsenden großen Schwierigkeiten. Leider sind unsere Bemühungen bis heute erfolglos geblieben, so daß wir gezwungen sind, unseren Kunden das vorliegende Schreiben zukommen zu lassen.

Wir bedauern außerordentlich, infolge dieser Maßnahme unsere Lieferungsverpflichtungen nicht einhalten zu können; dies besonders im Hinblick auf die unseren Abnehmern verursachten Schwierigkeiten, zum anderen aber auch im Hinblick auf den unserer Lieferfirma entstehenden Schaden, die sich bereits groß auf den deutschen Bedarf eingestellt hat.

Die Lieferungsunterbrechung ist nach Lage der Dinge als ein Fall höherer Gewalt anzusehen.

Indem wir Sie bitten, davon überzeugt zu sein, daß von uns aus alles geschieht, um die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, verbleiben wir

mit deutschem Gruß  
gez. Gesellschaft zum Import der Snia Viscosa Textilprodukte m. b. H.  
gez. Penasa.

Die Firma Merian & Co., die diesen Brief erhalten hat, schreibt ihrerseits an ihren Berliner Kunden, eine bedeutende Textilfirma, folgendes:

Merian & Co. Höllstein, den 15. 10. 1934.

Im Anschluß an die bedauerlichen Mitteilungen bezüglich der Lieferungen von Webwaren, in welchen Snia-Flochten enthalten sind, überreichen wir Ihnen heute Abschrift eines Briefes der Gesellschaft zum Import der Snia Viscosa Textilprodukte m. b. H., Frankfurt, dessen Inhalt unsere Befürchtungen voll bestätigt. Wir müssen Sie daher bitten, uns aus allen Kontrakten, die auf Snia Spinnfaser lauten, zu entlasten.

Wenn uns von der einen oder anderen Seite unserer Kundschaft, wie dies bereits geschehen ist, Vorwürfe gemacht werden, daß wir uns früher mit Snia-Spinnfaser hätten eindecken sollen, so wollen wir diesen Freunden mitteilen, daß wir unsererseits unsere Abschlüsse mit unserer wertigen Kundschaft in dem Rahmen getätigt haben, wie uns unsererseits der Abschluß mit der Gesellschaft zum Import der Snia Viscosa Textilprodukte m. b. H., Frankfurt, auf Rohfaser-Lieferungen vorliegt. Wenn dieser Import heute, wie Sie aus dem beiliegenden Schreiben entnehmen können, gespart wird, so trifft uns daran am allergeringsten irgendeine Schuld.

Mit deutschem Gruß  
gez. Merian & Co., G. m. b. H.

## Die Preissteigerungskurve

Das Konjunkturinstitut gibt eine Untersuchung über die Preissteigerung heraus. Es stellt fest, daß die Preise ihren Tiefstand im Frühjahr 1933 erreicht haben. Damals setzte die berüchtigte Arbeitslosigkeit ein. Die Entwicklung der Großhandelspreise zeigt nachstehende Tabelle (1913=100):

	März 1933	Dez. 1933	Jan. 1934	Okt. 1934
Gesamtdindex	90,9	96,2	97,2	101,0
Agrarstoffe	8,1	92,7	92,7	100,9
Kolonialwaren	78,1	72,6	78,9	78,4
Industrielle Rohstoffe	87,2	87,1	90,8	92,1
Industrielle Fertigwaren	111,4	112,9	114,9	117,9

Die Erhöhung der Großhandelspreise beträgt also seit März 1933 gut 11 Prozent. Am stärksten ist die Erhöhung der Agrarpreise (22 Prozent).

## „Hammeltage“

Wir haben bereits in unserer gestrigen Ausgabe über die überhöhten Wollpreise als Folge der Blubopolitik berichtet. Den Bestrebungen, deutsche Wolle zu züchten, sind jedoch Grenzen gesetzt, worüber die Zeitschrift „Kreditreform“ u. a. schreibt:

„Es sind nun sehr beachtliche Bestrebungen im Gange, die Schafzucht in Deutschland wieder zu erweitern und den Bestand an Schafen zu erhöhen. Die Regierung unterstützt sie durch Darlehen und verfolgt, wie kürzlich auf einem Bauerntag in Halle mitgeteilt worden ist, das Ziel, den deutschen Schafbestand, der Ende 1932 nur noch 3,4 Millionen Stück betragen hat, im nächsten Jahre um eine Million zu vermehren. Das wird ohne große Schwierigkeiten möglich sein. Wir werden auch vielleicht wieder auf fünf Millionen kommen können wie 1913. Dann aber werden Grenzen geboten sein. Denn wir können heute nicht wieder Getreidefelder in Schafweiden zurückverwandeln. Vor dem Kriege hielten wir es für unbedenklich, den Getreidebau so weit eingeschränkt zu halten, daß wir dauernd auf eine große Brotkornzufuhr aus dem Ausland angewiesen blieben. Das geht heute aus mehrfachen Gründen nicht mehr. Einer Steigerung der Schafzucht sind in Deutschland auch sonst feste Grenzen gesetzt.“

Die Zahl der Schafe muß sich nämlich danach richten, wieviel Hammelfleisch von der Bevölkerung verzehrt wird. Der Deutsche mag nämlich im Gegensatz zum Engländer und zum Südosteuropäer im allgemeinen kein Schaffleisch, ist doch dessen jährlicher Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung von etwa vier Kilogramm im Jahre 1870 bis heute auf noch nicht ein Kilogramm zurückgegangen. Daß England dagegen 27 Millionen Schafe hält und außerdem noch Hunderte von Dampferladungen gefrorener australischer Hammel verbraucht, hängt mit der Vorliebe der Engländer für Schaffleisch, Hammelkoteletten und Irish Stew zusammen. Ein bedingt das andere, und vom Schaf müssen alle Teile verbraucht werden, soll die Schafzucht rentabel bleiben. Die Zukunft der deutschen Schafzucht und die deutsche Wollversorgung aus eigener Produktion hängt also zum Teil davon ab, ob es möglich sein wird, den Verbrauch von Schaffleisch wieder populär zu machen. Man könnte sogar an die Einführung von „Hammeltagen“ für den deutschen Haushalt denken, aber die Erfolge der Propaganda für den Verbrauch deutscher Ostseefische, deren Wirkung im Inlande bald wieder nachgelassen hat, sind nicht sehr ermutigend!







